

Antrag

# Israel–Palästina

Beschluss–Nr.19

1. Die Kirchenleitung begrüßt das Anliegen des Antrages der Kreissynode Hattingen–Witten, das Gespräch über die Situation in Israel und Palästina innerhalb der Evangelischen Kirche von Westfalen zu vertiefen. Wir teilen ebenso den Wunsch, uns nach eingehender Klärung dessen, was wir können und was uns möglich ist, solidarisch an die Seite unserer christlichen Geschwister und Kirchen in Palästina zu stellen. Wir halten es dabei jedoch zugleich für unverzichtbar, den schwierigen Weg der Solidarität mit den leidenden Menschen aller beteiligten Konfliktparteien, Israelis wie Palästinensern, sowie Juden, Christen und Muslimen zu gehen.
2. Die Kirchenleitung bittet deshalb die zuständigen Ämter, Werke und Beauftragten der Landeskirche entsprechende Fachkonsultationen und Diskussionsveranstaltungen durchzuführen in Fortsetzung des Studientages Israel–Palästina am 5. November 2016 in Dortmund. Im Rahmen dieser Diskurse sollten auch die von der Kreissynode Hattingen–Witten benannten Themen (das Kairos–Dokument palästinensischer Christen, das Verhältnis des biblischen Volkes Israel zum Staat Israel sowie die Menschenrechtssituation in Israel und Palästina) einbezogen werden.
3. Die Kirchenleitung fordert dazu auf, verstärkt die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen und Akteure in Israel und Palästina zu unterstützen, die sich für eine friedliche Koexistenz aller Menschen in Israel und Palästina einsetzen. Dazu gehört auch die Unterstützung der christlichen Kirchen und Organisationen, die sich für Frieden und Gerechtigkeit in Israel und Palästina einsetzen.
4. Nach Einschätzung der Kirchenleitung wird eine politische Lösung des andauernden Konfliktes nur unter der Voraussetzung möglich sein, dass die beteiligten Konfliktparteien jenseits von politischen, religiösen, historischen und juristischen Ansprüchen eine Friedenslösung anstreben und vertraglich vereinbaren. Diese sollte Sicherheit, Frieden, Selbstbestimmung sowie eine freie wirtschaftliche Entwicklung für Israel und für das palästinensische Volk dauerhaft garantieren. Entsprechende Friedensverhandlungen werden aber nur möglich sein, wenn beide Konfliktparteien auf Vorbedingungen, die über die Anerkennung des Existenzrechtes des Staates Israel und das Recht auf staatliche Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes hinausgehen, verzichten und angesichts des Leids, das dieser Konflikt seit Jahrzehnten mit sich bringt, ihre jeweils damit verbundene Verantwortung wahrzunehmen bereit sind.
5. Die Kirchenleitung erinnert gleichzeitig an die besondere Verantwortung, die wir als Christen in Deutschland in diesem Konflikt haben und im Interesse der Menschen auf beiden Seiten des Konfliktes aktiv wahrnehmen sollten. Dabei gilt für uns der Grundsatz: „Frieden kann es in Israel und Palästina nur geben, wenn das Existenzrecht Israels genauso anerkannt wird wie das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat.“

## Begründung:

Der Beschluss der Kreissynode Hattingen–Witten erinnert an die besondere Verantwortung, die wir als Christen in Deutschland in dem Konflikt zwischen Israel und Palästina haben. Der 50. Jahrestag des Sechs–Tage–Kriegs von 1967 und der Blick auf die heutige Lage in Israel und Palästina zeigen, dass der Konflikt zwischen dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk auch nach mehr als 50 Jahren Besatzung, Gewalt und Terror weder beendet noch eine erkennbare und dauerhafte Friedenslösung gefunden hat.

Das Leid der Menschen, besonderes in Palästina nimmt zu, ebenso die politischen Verhärtungen in diesem Konflikt auf beiden Seiten. Gleichzeitig verändern sich die politischen Rahmenbedingungen in der Region, nicht zuletzt durch die Folgen des sogenannten „arabischen Frühlings“.

Als Evangelische Kirche von Westfalen sind wir seit Jahren mit verschiedenen kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteuren in Israel und Palästina verbunden. Mit ihnen und allen Menschen in der Region, die sich für Frieden, Versöhnung und Dialog einsetzen, suchen wir verstärkt das Gespräch und die Begegnung und fördern im Rahmen unserer Möglichkeiten Friedens– und Versöhnungsinitiativen sowie Bildungsarbeit und den Aufbau von Zivilgesellschaft in den palästinensischen Gebieten. Das gilt auch für die Initiativen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Israel und Palästina im Rahmen des Palestine Israel Ecumenical Forum (PIEF) und des Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel (EAPPI).

Deshalb empfiehlt die Kirchenleitung das Gespräch mit israelisch–jüdischen Partnern ebenso zu führen wie mit palästinensischen und israelisch–palästinensischen Partnern, wie es in der Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelostkommission (EMOK) von 2009/2017 vorgeschlagen wird. Jedes dieser Gespräche soll sich an dem Grundsatz orientieren, dass wir als Evangelische Kirche von Westfalen Antisemitismus und der Infragestellung des Existenzrechtes des Staates Israel entschieden entgegentreten. Ausgehend von der gegenwärtigen Lage des Konfliktes haben wir mit den Partnern auf beiden Seiten des Konfliktes folgende Themen anzusprechen, die den Frieden und die Sicherheit beider Konfliktparteien in je unterschiedlicher Weise betreffen (vgl. Positionsbestimmung der EMOK von 2009/2017, Seiten 30–31):

Im Gespräch mit israelisch–jüdischen Partnern:

- „der fortgesetzte Bau und Ausbau von Siedlungen auf besetztem Gebiet
- Gewalt, die von Siedlern im besetzten palästinensischen Gebiet an der palästinensischen Bevölkerung ausgeübt wird,
- Die Folgen des Verlaufs israelischer Mauern und Sperranlagen durch besetztes Gebiet für die palästinensische Bevölkerung
- Die ständige massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete
- die Verhinderung einer freien wirtschaftlichen Entwicklung in den palästinensischen Gebieten, da fast alle Güter über Israel und zu israelischen Konditionen ein– und ausgeführt werden müssen“

Im Gespräch mit palästinensischen und auch israelisch–palästinensischen Partnern:

- „ein Ende der Terror– und Selbstmordanschläge
- die Beendigung des Beschusses israelischer Zivilbevölkerung mit Raketen
- der Aufbau einer palästinensischen Gesellschaft mit einer freiheitlichdemokratischen Grundordnung
- die gleichwertige Religionsfreiheit für alle Religionen“

Bei solchen Gesprächen und Begegnungen sollten wir nicht vergessen, dass Menschen auf beiden Seiten Leid und Bedrohungssituationen erfahren haben oder immer noch erfahren. Deshalb bittet die Kirchenleitung alle diejenigen, die sich im Bereich der Evangelischen Kirche von Westfalen mit dem Staat Israel oder mit dem palästinensischen Volk solidarisch erklären, die in Israel und Palästina über Jahrzehnte tradierten Narrative nicht unkritisch oder unhinterfragt zu übernehmen, sondern wahrzunehmen, dass auf beiden Seiten des Konfliktes sich nicht nur wechselseitig ausschließende Positionen gegenüberstehen, sondern auch Menschen, die gemeinsam um Frieden und Sicherheit ringen.